



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wagner, Rudolf: Koloniale Eingeborenenpolitik und Arbeiterfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Koloniale Eingebornenpolitik und Arbeiterfrage

Von Rudolf Wagner in Berlin

Vor wenig Jahren noch galten unsre Kolonien bei der großen Menge des deutschen Volks für mehr oder minder wertlos, und auch der Kolonialfreund mußte zu ihren Gunsten eigentlich nichts weiter ins Feld zu führen, als daß es eine nationale Ehrensache sei, sie trotz ihrer ansehnlichen Kosten durchzuhalten. Es ist das unbestrittne Verdienst des Staatssekretärs Dernburg, daß er es verstanden hat, der wirtschaftlichen Betrachtungsweise in der Kolonialpolitik Geltung zu verschaffen. Erst seit Beginn der „Ära Dernburg“, also seit etwa anderthalb Jahren, haben wir eigentlich begonnen, uns über den wirtschaftlichen Wert unsrer Kolonien Rechenschaft zu geben, uns über die Grundlagen ihres wirtschaftlichen Lebens klar zu werden und daraus Schlüsse zu ziehen über Mittel und Wege zu ihrer Nutzbarmachung für die deutsche Volkswirtschaft. Dabei ist die erfreuliche Tatsache zutage getreten, daß wir eigentlich gar keine Veranlassung haben, zu klagen oder mutlos zu sein. Ein- und Ausfuhr in unsern Kolonien sind in stetigem Steigen begriffen, einige Kolonien bringen sogar ihre Verwaltungskosten selbst auf, und es wird nicht lange mehr dauern, so werden die andern Kolonien ebensoweit sein. Die öffentliche Meinung ist über die Bedeutung der Kolonien anderer Ansicht geworden, und damit ist deren Stellung im Rahmen der Gesamtpolitik gefestigt.

Wir stehn im Begriff, die Konsequenzen der veränderten politischen Lage zu ziehen und durch eine groß angelegte Erschließungstätigkeit die Entwicklung des Kolonialbesitzes zu beschleunigen. Dies soll durch den Bau einer Reihe von Eisenbahnlinsen, wasserwirtschaftliche Anlagen, große Pflanzungs- und Bergwerksunternehmungen geschehen. Vorarbeiten mancher Art sind schon gemacht worden, und das notwendige Kapital wird sich, soweit es nicht schon zur Verfügung steht, finden. Offen bleibt nur die Frage: Wer wird die notwendige Arbeit leisten?

Damit sind wir bei dem Kern der wirtschaftlichen Kolonialpolitik angelangt, bei der Arbeiterfrage oder, was dasselbe ist, der Eingebornenfrage. Denn das

ist nicht zu bestreiten: von der Arbeit der Eingebornen hängt im wesentlichen die Entwicklung unsrer Kolonien ab. Nun ist es eine leidige Tatsache, daß die europäischen Unternehmungen, so wenig umfangreich sie vorläufig sind, bis heute unter einem beständigen Mangel an Arbeitskräften leiden. Dieser trägt ein gut Teil schuld daran, daß sie sich nur zum Teil entwickeln konnten. Die Verwirklichung all der schönen Pläne umfassender Erschließung droht also einzig und allein an dem Mangel an Arbeitskräften zu scheitern oder wenigstens ins Stocken zu geraten.

An der Zahl der Eingebornen liegt dies nicht, denn diese genügt wenigstens in Afrika bis auf weiteres zur Verwirklichung unsrer Pläne vollauf. Es liegt vielmehr einerseits an der primitiven Lebensanschauung des Negers, andererseits an unsrer bisherigen verkehrten Eingebornenpolitik.

Der von Dernburg neulich in der Budgetkommission des Reichstags ausgesprochenen Auffassung muß widersprochen werden. Er verkennet offenbar die Natur des Negers, über die alle alten bekannten Kenner, Beamten, Praktiker und Forscher längst einig sind.

Der Neger arbeitet nicht mehr, als er unbedingt muß, um sein Leben fristen zu können. Er hat es im Grunde ja auch gar nicht nötig, sich anzustrengen, denn in den Tropen wächst ihm fast alles in den Mund. Es fehlt ihm dadurch der Antrieb zu regelmäßiger Arbeit. Und das ist es, was ihn zurzeit für uns unbrauchbar macht. Uns ist gar nicht damit gedient, wenn sich zu bestimmten Arbeitsleistungen eine Anzahl von Schwarzen zusammenfindet, die zufällig gerade das Bedürfnis empfinden, sich ein Weib, ein Gewehr, ein Stück Stoff oder dergleichen zu verdienen, und die wieder weglaufen, sobald sie zu diesem Zweck genug zusammengebracht haben. Dr. Paul Kohrbach hat unlängst einmal in einem Vortrag die wirtschaftliche Auffassung des Negers — oder seinen Instinkt, würde man wohl besser sagen — sehr treffend mit dem Satz charakterisiert: „Das Existenzminimum des Negers ist, wenn er sich satt essen kann, das Existenzmaximum, wenn er sich satt fressen kann.“ Hiernach richtet er seine Arbeitsleistung ein. In Ostafrika braucht der Neger etwa 15 bis 20 Mark monatlich, um leben zu können, und, sagen wir, vier Tage in der Woche, um dies zu erarbeiten. Wird der Arbeitslohn erhöht, so verringert er eben seine Arbeitsleistung dementsprechend.

Es gibt eine ganze Reihe von drastischen Beispielen für diese Anschauung. Eine Firma in Daresalam hatte vor einiger Zeit eine Schiffsladung Eisenbahnmateriale zu löschen. Um die Arbeit zu beschleunigen, verdoppelte sie das Lohnangebot. Was war die Folge? Die schwarzen Arbeiter hatten schon in der Hälfte der Zeit genug verdient, um leben zu können, und blieben weg. Und die Firma hatte zum Schaden auch noch den Spott. Ein andres Bild: Im Bezirk Wilhelmstal (Usambara) ist vor einiger Zeit probeweise ein gewisser Arbeitszwang eingeführt worden. Jeder Eingeborne, der neunzig Tage im Jahre für europäische Unternehmungen gegen Lohn arbeitet, ist von öffentlichen

Arbeiten befreit. Die Arbeitsleistung wird durch Arbeitskarten kontrolliert, auf denen der Unternehmer dem einzelnen Schwarzen die Arbeitstage zu bescheinigen hat. Ein gerissener Plantagenassistent, der seine Pappenheimer kannte, machte sich nun kürzlich die Faulheit der Neger in raffinierter Weise zunutze. Er bescheinigte den Schwarzen, die zehn Tage umsonst bei ihm arbeiteten, dreißig Tage und — hatte gewaltigen Zulauf. Mit andern Worten: der Neger arbeitet lieber zehn Tage umsonst als dreißig Tage gegen Bezahlung. Es ließe sich noch eine Menge solcher Beispiele anführen. Jeder alte Afrikaner, der mit offenen Augen das Leben der Eingebornen studiert hat, weiß ein Lied davon zu singen. Sicherlich ist es kein Zufall, daß gerade die alten kolonialen Praktiker, die meist bei den Schwarzen in hohem Ansehen stehn, die Ansicht vertreten, daß wir mit unsrer bisherigen Politik nicht mehr weiterkommen, und sich, wie seinerzeit Herr von Kostitz in Wilhelmstal, eine eigne Politik zurechtgemacht haben. Ich meine, diese kleinen Züge geben ein zutreffendes Bild, das genügt, um die Notwendigkeit eines milden aber bestimmten Zwanges zur Arbeit darzutun.

Der Neger arbeitet nur, wenn er — muß. Einem höhern Zwang fügt er sich aber ohne weiteres, denn er ist es von alters her gewöhnt, daß seine Machthaber ihn — wie er es mit seinen Weibern macht — für sich arbeiten lassen. Ein hübsches Beispiel dafür hat mir Hauptmann A. Fonck, einer unsrer ältesten und verdientesten Ostafrikaner, erzählt. Fonck hatte seine Schwarzen, wie man zu sagen pflegt, gut an der Strippe und hielt die Wagogo, während er in Mpapua als Bezirkschef wirkte, soweit sie entbehrlich waren, dazu an, an die Küste zu gehen und sich zur Arbeit in den Plantagen oder beim Telegraphenbau zu melden. Und er hat nachweislich den Plantagen und dem Telegraphen- und Bahnbau auf diese Weise Tausende von Arbeitern zugeführt. Als er später weiter im Innern tätig gewesen war, erkundigte er sich auf dem Rückmarsch bei seinen Wagogo, ob sie auch schon am Bahnbau mitarbeiteten. Er erhielt immer die bezeichnende Antwort: „Wir haben noch keinen Befehl erhalten.“ Auf seine Frage, ob sie denn nicht durch den guten Lohn dazu veranlaßt würden, wurde ihm vom Häuptling der Bescheid: „Herr, arbeitet ein Wagogo freiwillig und ohne Befehl?“

Dies gibt uns einen deutlichen Fingerzeig, wo der Hebel anzusetzen ist. Wenn ich von Zwang spreche, so meine ich natürlich nicht, daß kurzerhand, mit Gültigkeit vom 1. April oder 1. Oktober für alle Kolonien dekretiert werden soll: die Eingebornen haben so und so viele Tage im Monat zu arbeiten. Dies wäre Unsinn. Überall muß der Grundsatz zur Geltung kommen, daß die Eingebornen zu einer Gegenleistung in Form von Arbeit verpflichtet sein sollen. Unter unsrer Herrschaft ist ihnen im allgemeinen die Sicherheit für Leben und Eigentum, die sie früher völlig entbehrten, Besserung ihrer gesundheitlichen Verhältnisse durch Bekämpfung von Krankheiten u. a. gewährleistet. Das frühere gegenseitige Halsabschneiden, der Sklavenhandel, die Ausbeutung durch die eingebornen Machthaber haben aufgehört. Und damit ist auch für den Neger die Möglichkeit

einer Wirtschaft in unserm Sinne geschaffen. Zu regelmäßiger Arbeit muß er aber zunächst erst erzogen werden. Und das ist unsre Kulturaufgabe.

Übrigens darf hier ein sehr wichtiger Punkt nicht außer acht gelassen werden. Aller paar Jahre verspätet sich in Ostafrika einmal der Regen oder bleibt ganz aus. Die sich daraus ergebende Mißernte trifft die Neger regelmäßig unvorbereitet. Die Folge ist jedesmal eine große Teuerung oder Hungersnot, die die Bevölkerung dezimiert und gesundheitlich herunterbringt. Die Erziehung zu regelmäßiger Arbeit, zur Vorsorge für teure Zeiten, liegt also ganz im Rahmen der vom Staatssekretär Dernburg mit Recht so sehr betonten Bestrebungen zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der Eingebornen, durch die die in den Zeiten des Sklavenhandels verringerte Bevölkerung allmählich wieder vermehrt werden soll. Das ist die soziale Seite der Frage.

Wir haben aber auch eine nationale Pflicht. Diese besteht darin, daß wir zur Hebung der Eingebornen unsrer Kolonien Wege einschlagen, die unsrer Nationalwirtschaft einen vollgewichtigen Anteil an den Früchten unsrer Kulturarbeit sichern. Frei herausgesagt: wir kolonisieren nicht für die Neger, sondern in erster Linie für uns.

Von vornherein muß betont werden, daß der Eingeborne in den Gebieten, die zur Produktion von Erzeugnissen für den Weltmarkt, z. B. Baumwolle, Kautschuk usw., geeignet sind, nach Möglichkeit als selbständiger Unternehmer auszuschaftern ist. Als solcher leistet er höchstens den dritten Teil wie als Arbeiter von europäischen Unternehmungen. Außerdem bringt er ein ungleichmäßiges und minderwertiges Produkt auf den Markt. Baumwolle ist für den Neger Baumwolle, für die Qualität hat er keinen Sinn; er ist zufrieden, wenn er so viel dafür bekommt, wie er gerade braucht, und er wird im Notfall vielleicht die Menge zu steigern versuchen, niemals aber größere Sorgfalt bei der Arbeit walten lassen. Dies gilt nicht nur für Baumwolle und Kautschuk, sondern auch für alle andern Produkte, wie Kakaó, Sisal, Kaffee, Tabak, ja sogar Kopra, ausgenommen vielleicht Erdnüsse. In Landstrichen mit vorwiegender Plantagenkultur beschränkt man den Neger, soweit er selbständig ist, am besten auf die Produktion von Lebensmitteln für den örtlichen Verbrauch. Wo dies nicht mehr durchführbar ist, wo sich, wie in Togo, das Land schon vorwiegend in Händen der Eingebornen befindet, bleibt freilich nichts andres mehr übrig, als durch besondere Maßnahmen fortgesetzt auf die Eingebornen einzuwirken, daß sie bei der Produktion weniger auf die Menge als auf die Güte der Ware sehn. Ob der Erfolg der Mühe entspricht, ist eine andre Frage.

Es scheint mir für unsre Kolonien von besonderer Wichtigkeit zu sein, daß sie in die Lage versetzt werden, Qualitätsware auf den Markt zu liefern, damit wir vielleicht mit der Zeit auf diesen einen gewissen Einfluß gewinnen.

Dies wird nur erreicht, wenn die koloniale Produktion in möglichst großem Umfange in Händen europäischer Unternehmer liegt. Der Eingeborne fährt dabei nicht schlecht, denn als unselbständiger Arbeiter ist er von den Schwankungen

des Marktes unabhängig und bekommt seine Arbeit auf alle Fälle bezahlt. Als Unternehmer hat er dafür keine Sicherheit. In diesem Gedanken ist den Eingebornen in Togo zum Beispiel die Abnahme ihrer Baumwolle zu einem bestimmten Mindestpreis garantiert worden, eine Maßregel, die auf die Dauer kaum durchführbar ist, sondern nur den Zweck hat, für den Anfang einmal die Schwarzen zu regelmäßiger Produktion zu veranlassen.

Alles noch nicht unter Kultur stehende Land, das sich in der Nähe der Küste, der künftigen Eisenbahnen und sonstiger Hauptverkehrswege befindet, müßte im Interesse der intensiven Nutzbarmachung den Weißen vorbehalten bleiben. Wenn der Neger auf solche Weise als selbständiger Unternehmer ausgeschaltet wird, so ist damit nicht gesagt, daß er für alle Zeiten in diesem Abhängigkeitsverhältnis bleiben muß. Aber man soll es ruhig der natürlichen Entwicklung überlassen, ob vielleicht in der fernen Zukunft, wie dies in den Baumwollgebieten der Südstaaten von Nordamerika geschehen ist, aus Plantagengroßbetrieben Volkskulturen der Neger werden.

Ein großer Teil des Landes, der für europäische Unternehmungen nicht geeignet ist, weil er von den Hauptverkehrswegen zu entfernt liegt, verbleibt dabei immer noch den Eingebornen, sodaß von einer „Entrechtung“, die von Überhumanen ins Feld geführt wird, keine Rede sein kann.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man die Produktion in der Hauptsache den Eingebornen überlassen, für sie Bahnen bauen und es ihrem Belieben anheimstellen würde, ob sie für die europäischen Unternehmungen arbeiten wollen oder nicht. Gewiß, die Eingebornen würden dabei recht gut fahren; sie würden, wie bisher, produzieren, soviel sie für gut finden, und hätten durch die Bahn eine bedeutend bequemere Absatzgelegenheit. Ein großer Teil der Eingebornen würde natürlich mit der Zeit möglichst in die Nähe der Eisenbahnen ziehen, um deren Segnungen, die ihnen ein noch angenehmeres Leben sichern würden, zu genießen. Der Handel würde sicherlich für Jahre hinaus florieren, aber man kann die Zeit beinahe an den Fingern ausrechnen, wo das Land ausgepowert wäre, und wo es nichts Gescheites mehr zu handeln gäbe. Und wer hätte den Vorteil davon? Die Eingebornen und ein paar Handelsfirmen! Der deutsche Steuerzahler aber, der das Geld für die Eisenbahnen und für die Verwaltung der Kolonien aufzubringen hat, würde sich wahrscheinlich bald darüber wundern, daß die vielgerühmten Segnungen der Kolonien ausbleiben.

Soweit darf es nicht kommen. Der Hauptwert ist vorläufig nicht auf die Entwicklung des Handels und der Eingebornenkulturen zu legen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, daß eine stetige Erzeugung der Hauptprodukte unserer Kolonien durch rationelle Nutzbarmachung des Landes gesichert wird, und zwar durch Anlage von großen und kleinen Pflanzungen, Bergwerksunternehmungen, geregelter Viehzucht usw. Wenn sich dabei Wissenschaft und Technik in den Dienst der Erschließungstätigkeit stellen, so ist Aussicht vorhanden, daß eines Tages unsere Kolonien Rohstofflieferanten und Absatzgebiete für die deutsche Industrie, eine

Heimat für unsern Bevölkerungsüberschuß werden können. Gerade mit seiner eindrucksvollen und überzeugenden Begründung dieser Aussicht hat Staatssekretär Dernburg die Mehrheit des deutschen Volks gewonnen.

Nun ist die Hauptfrage, wie es uns am sichersten gelingen wird, die Arbeitskraft der Eingebornen unsern wirtschaftlichen Unternehmungen dienstbar zu machen. So wie bisher kann es nicht weiter gehn. Wenn man daran denkt, daß die schon bestehende gewiß nicht umfangreiche Plantagenwirtschaft, daß die bis jetzt gebauten Eisenbahnen fortwährend über Arbeitermangel zu Klagen hatten, so kann einem im Hinblick auf die geplanten Plantagenunternehmungen großen Stills und die projektierten Eisenbahnen angst und bange werden.

Für die Lösung dieses Problems liegt eine Reihe von Vorschlägen alter erfahrener Kolonialpioniere vor, die nicht unbeachtet gelassen werden dürfen. Diese Maßnahmen werden sich natürlich nach örtlichen Rücksichten, dem Kulturzustande der betreffenden Stämme, nach den militärischen Machtverhältnissen usw. richten müssen.

Selbstverständlich ist, daß die Eingebornen anständig und gerecht zu behandeln sind. Um dies zu gewährleisten, müßten wir eine Arbeitergesetzgebung einführen, in der Art, wie sie Sumatra hat.

Zugleich muß aber dafür gesorgt werden, daß sich die arbeitsfähigen Eingebornen auch wirklich zur Arbeit stellen, sonst nützt die schönste Arbeitergesetzgebung nichts.

In geschlossenen intensiv bewirtschafteten Plantagengebieten ließe sich ein direkter Arbeitszwang, kontrolliert durch Arbeitskarten, wohl durchführen, das haben die Erfahrungen im ostafrikanischen Bezirk Wilhelmstal gezeigt.

Dies ist in Bezirken, wo die Eingebornenkulturen vorherrschen, nicht möglich. Dort wäre wohl auf dem Wege der Besteuerung, die den Eingebornen zu regelmäßiger Produktion zwingt, am meisten zu erreichen. Zugleich würde es sich empfehlen, durch Einrichtung von Märkten die Absatzgelegenheiten zu vermehren und die Schwarzen vor Übervorteilung durch indische Händler zu schützen.

Die Versorgung der Plantagenbezirke und der im Entstehen begriffenen Eisenbahnen mit Arbeitern müßten natürlich die Verwaltungsbehörden übernehmen und einen groß angelegten Arbeitsmarkt in den einzelnen Kolonien organisieren. Dies wäre sicherlich nicht allzu schwierig, denn die oben erwähnten Erfahrungen des Hauptmanns A. Fonck und anderer alter Afrikaner, mit denen ich mich schon mannigfach über alle Einzelheiten unterhalten konnte, zeigen, daß es in den meisten Fällen schon genügt, daß der betreffende Bezirksamtman den Häuptlingen gegenüber den Wunsch ausdrückt, es möchten sich so und so viele Leute zur Arbeit an der Bahn oder auf den Plantagen anwerben lassen.

Daß die Behörden die Arbeiteranwerbung in die Hand nehmen, ist besonders aus dem Grunde wünschenswert, weil dann die Arbeiter gegen Übergriffe einzelner Unternehmer streng geschützt sind. Auch die Einhaltung der Verträge von beiden

Seiten müßte streng überwacht werden, vielleicht durch Kontrollierung an den Lohntagen durch besondere Beamte.

Eine wichtige Rolle bei der Erziehung der Eingebornen spielt die Besteuerung. Vorwiegend von diesem Standpunkt aus, erst in zweiter Linie aus fiskalischen Gründen ist in einem Teil der Kolonien eine Hüttensteuer eingeführt worden. Sie erfüllt aber diese Aufgabe nur unvollkommen, weil sie die Steuerkraft der Eingebornen nur zum Teil erfaßt und von faulen Elementen leicht umgangen werden kann. Gerechter und einträglicher und von größerer erzieherischer Wirkung wäre eine Kopfsteuer für alle arbeitsfähigen männlichen Eingebornen. Übrigens kann auch die indirekte Besteuerung dem Zweck der Erziehung zur Arbeit dienstbar gemacht werden. Wenn notwendige Verbrauchsartikel besteuert werden, so werden auch die Stämme davon betroffen, bei denen aus irgendeinem Grunde eine direkte Steuer noch nicht eingeführt werden kann. Ein solcher Artikel ist z. B. das Salz. Ceylon mit seinen vier Millionen Einwohnern zieht aus dem Einfuhrzoll für Salz jährlich fast zwei Millionen Mark oder 45 Pfennige pro Kopf der Bevölkerung. Unsern Negern würde eine solche kleine Verteuerung auch nichts schaden.

Man muß übrigens die Schwarzen nur richtig zu nehmen wissen, so findet man für alles Verständnis. Zum Zweck der Steuerkontrolle hatte zum Beispiel der oben erwähnte Hauptmann A. Fonck im Bezirk Moschi eine durchlochte Messingmarke eingeführt, die jeder Neger beständig bei sich führen mußte. Sie war mit laufender Nummer, Jahreszahl und Stationsstempel versehen und trug durch ihr Aussehen zugleich dem Schmuckbedürfnis des Negers Rechnung, denn sie konnte um den Hals, im Ohr, in der Nase usw. getragen werden. Der Eingeborne gewann diesem Steuermodus denn auch gleich die ihm verständliche Seite ab und sagte nicht: „ich zahle Steuer“, sondern „ich kaufe eine Steuermarke“. Der Ertrag der Steuer stieg dadurch in einem Jahre von 44 000 auf 85 000 Rupien.

Dieser kleine Zug zeigt deutlich, wieviel sich bei der Eingebornenerziehung durch geschickte Benutzung der Eigenart des Negers erreichen läßt. Dazu brauchen wir aber Beamte, die Land und Leute genau kennen, die mit Lust und Liebe bei der Sache sind und das Vertrauen der Eingebornen gewonnen haben. Die Kolonialverwaltung wird es sich in der Folge ganz besonders angelegen sein lassen müssen, den in letzter Zeit stark verminderten Stamm alter bewährter Afrikaner zu erhalten oder wieder zu ergänzen, denn diese Männer sind die Träger unserer Macht und unsers Ansehens in den Kolonien. In welchem Grade, hat der letzte Aufstand in Ostafrika gezeigt. Gerade in den Bezirken, wo solche alte Beamte saßen, oder kurz vorher gewesen waren, blieb alles ruhig. Dies gibt einen deutlichen Fingerzeig, wie wichtig es ist, daß die Bezirksämter nicht Durchgangsstellen für höhere Posten sind, sondern daß bewährte Beamte diese Posten als Lebensaufgabe betrachten können und dementsprechend wirtschaftlich sichergestellt werden. Ebenso wichtig ist es, daß Maßnahmen aller Art, namentlich soweit sie sich auf Eingebornenangelegenheiten

beziehen, von dem Nachfolger des Bezirkschefs nicht ohne weiteres aufgehoben werden dürfen, wie dies zum Schaden des Ansehens der Beamten leider vielfach geschehen ist. In dieser Beziehung ist der Neger überaus feinfühlig. Überhaupt muß er unbedingt das Gefühl haben, daß der Weiße immer der Herr ist, ob er Uniform trägt oder nicht. Eine gerechte Behandlung und ein wohlwollendes Eingehen auf seine kleinen Interessen werden das übrige tun.

Alle diese Vorschläge sind vornehmlich auf ostafrikanische Verhältnisse zugeschnitten, wären sinngemäß aber auch in den andern Kolonien zu verwenden.

Von mancher Seite ist in neuerer Zeit die Einfuhr von chinesischen Arbeitern nach Ostafrika empfohlen worden. Dem muß vorläufig mit Entschiedenheit widersprochen werden. Ehe wir ein neues fremdes Element in unsere Kolonien einlassen, sollten wir lieber alles daran setzen, die Eingebornen zur Arbeit heranzuziehen. In einem milden Arbeitszwang ist sicherlich nichts verwerfliches zu finden, sondern eher ein tieferes soziales Verständnis für den Neger. Denn in dem Chinesen, dem Arbeiter par excellence, erwächst ihm ein unbedingt überlegener Konkurrent. Über die Chineseneinfuhr ließe sich höchstens in der Form reden, daß die Chinesen die Arbeit an den Eisenbahnen übernehmen, falls verschiedene Linien zugleich gebaut werden sollten. Die Eingebornen hätten dann die Arbeit auf den Plantagen zu leisten, damit die landwirtschaftliche Erschließung nicht ins Stocken gerät. Voraussetzung wäre, daß die Chinesen von den Eingebornen getrennt und sofort nach Beendigung der Bahnbauten wieder abgeschoben würden. Gegen die Verwendung der Chinesen in der Südsee läßt sich weniger einwenden.

Es ist klar, daß tiefeingreifende Maßregeln, die unser Verhältnis zu den Eingebornen endlich regeln sollen, nur allmählich und vorsichtig angewandt werden müssen. Die Einzelheiten müssen entschieden den örtlichen Verwaltungsbehörden überlassen werden. Die Hauptsache ist, daß endlich die Verpflichtung der Eingebornen zur Mitarbeit an unsern wirtschaftlichen Unternehmungen von unserer Kolonialverwaltung grundsätzlich anerkannt, und daß die Beamten angehalten werden, sich bewußt in den Dienst der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien zu stellen. Alles andre wird sich dann schon von selbst finden, wenn den Behörden draußen im übrigen größere Selbständigkeit gelassen wird.

Es ist wirklich nicht einzusehen, daß wir nicht berechtigt sein sollen, uns den Neger dienstbar zu machen. Sind wir hier zu Hause nicht auch mancherlei Zwang unterworfen: Schulpflicht, Militärpflicht, Steuerpflicht, ohne daß wir uns darüber beklagen?

Wenn wir den Neger durch planmäßige Erziehung zu regelmäßiger Arbeit allmählich auf eine höhere Stufe heben und die Kolonien durch seine Mitarbeit zu blühenden Gemeinwesen und nutzbringenden Gliedern der deutschen Nationalwirtschaft machen, so vollbringen wir eine Kulturtat, für die uns unsere Nachkommen und auch die Nachkommen der heutigen Bewohner unserer Kolonien danken werden.

Wir haben die Kolonien erworben und ungezählte Millionen des deutschen Steuerzahlers hineingesteckt. Wir haben damit auch die Verpflichtung übernommen, sie nutzbar zu machen. Ohne die Mithilfe der Eingebornen geht es nicht mehr, also ist uns der Weg deutlich gewesen, den wir gehen müssen. Und zwar bald, denn Zeit ist Geld!



Die Mission laïque Française in China



or kurzem ging durch die große deutsche Tagespresse ein Aufsatz vom Geheimen Legationsrat Rnappe, worin dieser die Fortschritte der deutschen Kulturarbeit in China beleuchtete. Ihm folgte vor wenigen Tagen Professor Claude du Bois-Reymond, der von der Stiftung und Einrichtung der deutschen Medizinschule in Schanghai erzählte. Es ist sehr leicht möglich, daß wenigstens der erste dieser beiden Berichte, die die spät einsetzende, aber energische Kulturarbeit Deutschlands im Reich der Mitte schildern, in Frankreich ein Echo fand und hier anspornte, auf dem längst beschrittenen Wege schneller vorwärts zu gehn, um sich von rührigen Rivalen nicht einholen oder überflügeln zu lassen.

Denn Frankreich will im Vordergrund der Nationen stehen, die in China europäische Kultur verbreiten. Nicht nur aus allgemeinen zivilisatorischen Gründen und um französischen Geist und französische Gesittung überall hinzutragen, wo Menschen wohnen, sondern auch hier wieder aus einem ganz modern-französischen Beweggrunde. Es hat wie zwischen Marokko und Algerien, zwischen seinem indochinesischen Besitz und dem Reich der Mitte eine lange gemeinsame Grenze zu schützen und leitet daraus einen ganz besondern Anspruch her, sich um die innern Verhältnisse Chinas zu kümmern. Außerdem hat es sehr ernste Handelsinteressen in China selbst. So kehren genau dieselben Schlagworte wieder, die in der französischen Marokkopolitik gang und gäbe wurden. Die Aufrechterhaltung der politischen Sicherheit in China, sagt man in Paris, ist für den indochinesischen Kolonialbesitz Frankreichs eine Lebensfrage. Alle Umwälzungen, alle Unruhen in China finden ihr Echo in der französischen Nachbarkolonie und wirken hier mehr oder weniger nachhaltig. Nichts kann in China im öffentlichen Leben vor sich gehn, ohne daß man im benachbarten Tonkin davon Kenntnis nimmt und sich damit auseinandersetzt. In dem jüngsten Bericht über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen sagt der Berichterstatter, Herr Paul Deschanel, wörtlich: „Ganz abgesehen von allen politischen Gründen interessieren die ungeheuern wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, die die chinesische Welt bietet, öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Bergwerke, Frankreich ganz besonders, das